

158/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 17.06.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend VerbraucherInnenbildung und -forschung

Eine offensive KonsumentInnenpolitik erfordert verbraucherInnorientierte Grundlagenarbeit und VerbraucherInnenbildung. Im Wissenschafts- und schulischen Bildungsbereich wird den konsumentInnen-relevanten Sachverhalten derzeit in Österreich nur minimale Aufmerksamkeit zuteil (vgl. Gastkommentar v. Dr. Karl Kollmann in „Konsumentenschutz“, 9.Jg, 1/03, S. 3). Da KonsumentInnen immerhin neben den ProduzentInnen von zentraler wirtschaftlichen Bedeutung sind, wirken sich geringe Warenkenntnis, wenig grundlegendes Rechtswissen, mangelnder kritischer Umgang mit Marketing und Werbung, geringe praktische ökonomische Kenntnisse mit den daraus resultierenden Überschuldungsproblemen gesamtökonomisch ungünstig aus. Innerhalb der konsummentInnenpolitischen Konzeption der EU nimmt die/der mündige und informierte Verbraucherin einen entscheidenden Stellenwert im Sinne einer innovativen Wettbewerbspolitik ein.

VerbraucherInnenforschung über Formen der VerbraucherInnenarbeit und grundsätzliche Bildungsinhalte der Schulen in VerbraucherInnenfragen bildet eine Voraussetzung dazu. Im Gegensatz zur BRD, wo in einem umfangreichen Forschungsverbund „Empirische Verbraucherforschung“ viele Grundlagen erarbeitet wurden und ein vielfältiges universitäres Angebot an verbraucherInnenbezogenen Wissen und Ausbildungsmöglichkeiten existiert, wird in Österreich dieser Problembereich forschungs- und bildungsmäßig vernachlässigt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die Bundesregierung wird beauftragt in den nächsten zwei Jahren, eine umfassende Initiative zur Verbesserung der VerbraucherInnenbildung und wissenschaftlichen Grundlagenarbeit zu entwickeln.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen.